

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr. 19977.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ritterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk. durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1893.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 14. Februar. (Privattelegramm.) Auf Anregung des Hauptdirectoriums der pommerischen ökonomischen Gesellschaft treten nächsten Donnerstag in Berlin die Vorstände der landwirtschaftlichen Centralvereine der alten preußischen Provinzen zusammen, um eine Denkschrift über die Lage der Landwirtschaft im Nordosten festzustellen und gegen den Abschluss eines Handelsvertrages mit Russland auf der Grundlage des österreichischen zu protestieren. Man beabsichtigt, den Kaiser zu bitten, persönlich Kenntnis davon zu nehmen.

Berlin, 4. Februar. Bei der heute begonnenen Zehrung der 2. Klasse der königl. preußischen Alleen-Lotterie fielen Vormittags:

1 Gewinn von 45 000 Mk. auf Nr. 175 464.
1 Gewinn von 30 000 Mk. auf Nr. 30 128.
1 Gewinn von 5000 Mk. auf Nr. 4470.
2 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 24 032
74 624.
1 Gewinn von 1500 Mk. auf Nr. 89 829.

Politische Uebersicht.

Danzig, 14. Februar.

Die gesetzige Debatte im Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhaus hat, wie gemeldet, gestern die zweite Berathung des Cultusetats, Position: Gehalt des Ministers, begonnen, ein Etat, bei dem sonst das Centrum das große Wort zu führen pflegte. Aber die Seiten ändern sich. Nur ein einziges Mitglied des Centrums hat das Wort genommen, nämlich der Abg. Brandenburg, um sich im Anschluß an den nationalliberalen Abg. Ludwig gegen die von dem Abg. v. Minnigerode noch einmal angeregte Uebertragung der Verwaltung des hannoverschen Klosterfonds an das landwirtschaftliche Ministerium auszusprechen. Um so schärfer trat die Zurückhaltung des Centrums bei den Erörterungen über den Religionsunterricht der Dissidentenkinder, den polnischen Sprachunterricht in der Volksschule und die jüdische Gittenlehre hervor. Im Abgeordnetenhaus ist man noch nicht dahin gekommen, bei dergleichen Generaldebatten zu einem bestimmten Etat die einzelnen Fragen getrennt der Reihe nach zu behandeln und so bildete denn die Discussion ein buntes Durcheinander.

Die Erörterung über den Erlaß des früheren Cultusministers Grafen Jädlitz betreffend den Religionsunterricht der Dissidentenkinder, welche der Abg. Träger anregte und die Abg. Langerhans und Rickert weiterführten, blieb ohne Ergebnis. Minister Bosse hält an dem Erlaß fest, bis die Gerichte anders entscheiden. Eine Religion ohne Religion, schloß er, ist keine Religion, sondern ein Nonsense, ein Dictum, welches das Haus mit Heiterkeit aufnahm. Das

(Nachdruck verboten.)

Etwas über moderne Malerei.

II.

(Realismus und Idealismus in der modernen Malerei.)

In dem neulichen Artikel*) habe ich das Wesen der modernen Malerei, im Vergleich mit der veralteten und alten Malerei, zu erklären versucht. Da ich in jenen Ausführungen nur vom Realismus in der Wiedergabe der Einzelheiten im Bilde gesprochen habe, nicht aber vom Realismus in der Wahl und Auffassung des Motivs, so möchte ich in Folgendem auch diesen Punkt bepräsentieren.

Das Motiv muß, selbst wenn das Bild eine Mordscene zur Darstellung bringen sollte, meiner Meinung nach so gewählt sein, daß es, trotz der Empörung, trotz des Schauers, der sich unser beim Beschauen eines solchen Bildes bemächtigt, doch etwas in der Auffassung der Scene enthält, welches ich das ideale Moment in dem selbst kraft realistischen Motiv nennen möchte. Fehlt dieses ideale Moment, dann ist das Bild „unverdaulich“, das Gefühl verleidet, und wie ein Herr ganz richtig beim Anschauen eines solchen modernen Schauerbildes sagte, „wollte er lieber einen Schinken an die Wand seines Zimmers hängen, als so ein Bild“. — Die Wahl und Auffassung dieser Motive aber kann man nicht der modernen Richtung in die Schuhe schieben, sondern dem mißverstandenen Realismus, der Verkennung der Prinzipien der Kunst und der Sensationsmachierei. Doch nehmen wir uns ein solches modernes Schauerbild einmal vor. Ich will aus dem großen Vorrath nicht die „Lebensmüden“ herausgreifen, in welchem ungemütlichen Bilde doch noch die Gesichter, namentlich das der Dame, wenn auch von Angst entstellt, angenehme Züge tragen, sondern Arthur Kampfs Bild: „Die lebte Aussage“, weil dieses ein Bild der modernen plenairinen Richtung ist. Dieses Bild gab auf der Jubiläums-Ausstellung in Berlin den Anlaß zu vielen Meinungsverschiedenheiten, betreffend die Wahl und Auffassung des Motivs. — Zwei zerlumpte, schmutzige Männer mit unangenehmen, vom Laster entstellten, fast thierischen Zügen haben eben einen blutenden Kameraden, welcher in einer Messerstecherei tödlich verwundet ist, auf den Fußboden einer Spelunke, denn anders kann man den öden, trostlosen, schmutzigen, verwahrlosten Raum nicht nennen, niedergelegt. Währing sein häßliches Weib vor dem Sterbenden kniet und seine Wunden auswascht, sitzt mit dem Rücken gegen das Publikum

ging sogar Herrn Stöcker über den Spaß. Dem biblischen Geschichtsunterricht beiwohnen, sollen auch die Dissidentenkinder gejungen werden, aber nicht dem eigentlichen Religionsunterricht, d. h. dem Aatechismus. Nach welchem Aatechismus, nach dem Luther'schen oder nach dem Römischen sollen sie unterrichtet werden? Herr Stöcker für Gewissensfreiheit — das ist ja großartig.

Allzeitige Uebereinstimmung fand die Energie, mit welcher der Cultusminister dem Abg. v. Tazdzewski gegenüber die Verhältnisse in Kirche und Schule der Provinz Posen vertheidigte. Der polnische Redner hatte mit den Worten geschlossen: Wir beharren in einer ruhigen Agitation. Der Minister meinte, ruhige Agitationen seien eine Contradictio in adiecto; wenn es eine solche gäbe, so gebe es sie jedenfalls in Posen nicht. Auch hier schwieg das Centrum und Herr Stöcker war ganz mit dem Minister einverstanden; in der Volksschule könne man nur in einer Sprache unterrichten.

Am interessantesten waren die Erörterungen über die jüdische Gittenlehre. Minister Bosse hat die jüdischen Religionsbücher, die in den Schulen gebraucht werden, eingefordert, um zu prüfen, ob der Inhalt derselben die antisemitischen Verleumdungen rechtfertigt. Aber die Prüfung ist noch nicht beendigt. Inzwischen haben, wie der Abg. Rickert durch ein sehr hübsches Citat aus der „Aretzung“ erläuterte, die Antisemiten bereits den Rückzug angelreten; dafür fabeln sie jetzt von einer „ungefährbaren“ jüdischen Ethik. Abg. Rickert meinte, der Minister sei etwas zu kaltblütig gegenüber den schweren Anklagen gegen die jüdische Bevölkerung, wenngleich er (Rickert) nicht daran zweifele, daß Minister Bosse von der Verderblichkeit und Gefährlichkeit dieses Treibens überzeugt sei. Minister Bosse nicht zustimmend! Stöcker ist wieder anderer Ansicht. Wenn man verlange, daß der Minister einschreite gegen die Verdächtigung der jüdischen Religion, so müsse man ein gleiches Einschreiten gegen Angriffe auf das Christenthum verlangen. Der biedere Stöcker! Ob wirklich jüdische, fortschrittliche Blätter einmal behauptet haben, das Christenthum sei bildungsfeindlich, wissen wir nicht, vielleicht haben sie dabei an das „Christenthum“ des Herrn Stöcker gedacht. Immerhin ist das ein Urteil; während die Behauptung, in jüdischen Religionsbüchern seien antisemitische Lehren enthalten, eine tatsächliche Frage ist. Stöcker hält nicht für erwiesen, daß der Talmud keine unsittlichen Lehren enthalte, und er berief sich, wie erinnerlich, auf Tacitus, den er falsch verstanden, auf den Privatdozent Dr. Ecker in Münster, dem der Professor der katholischen Theologie in Innsbruck, Herr Bickold, in einem Briefe an das Wiener Landgericht attestirte, daß er gar nichts vom Talmud verstehe, er habe sich von einem bekehrten Juden ein von talmudisch-rabbinischer Gelehrsamkeit überströmtes Buch schreiben lassen, welches er als sein eigenes veröffentlicht habe, um daraufhin Professor zu werden. Das ist die Autorität des Herrn Stöcker!

gewendet, ein Schuhmann, welcher die letzte Aussage des Sterbenden zu Protokoll nimmt. Die Scene spielt in Düsseldorf. — Ich habe selber mehrere Jahre in Düsseldorf gelebt und das Volk genugsam kennen gelernt, namentlich jene Rheinarbeiter (Rabauen), unter welchen Messeräffären an der Tagsordnung, und denen oben beschriebene Typen entnommen sind, denn aus diesen rekrutieren sich meistens unsere Modelle. Außerdem liegt die Akademie inmitten des Armen-Diertels. Ich hatte daßer genügend Gelegenheit, diesen Menschenschlag zu sehen und zu beobachten und ich kann wohl sagen, daß mich Kampfs Bild, vom Standpunkte der modernen Malerei aus gesehen, begeisterte durch die Beobachtung und realistische Wiedergabe selbst des kleinsten Details, die Technik, sowie die Beobachtung der Wirkung von Luft und Licht. Das Motiv aber und seine Auffassung stieß mich ab und widerte mich an. Hier mußte nun nach meiner Meinung der Künstler das Seinige thun, dem Idealen gerecht zu werden, zu vermitteln und das Ganze verdaulich zu machen. Aber wie? Ja, ich würde mindestens das einzige culturliche, vielleicht angenehme Gesicht, was sich auf dem Bilde hätte befinden können, nicht dem Besucher entzogen haben, ich meine das des Schuhmannes. Auf diese Weise hätte vielleicht das von so vielen häßlichen ermüdeten Auge einen nothdürftigen Ruhepunkt gefunden, kurz, dies wäre zum idealen Moment in der Auffassung dieser kraft realistischen Scene geworden. Währing man früher an und für sich nichts Schönes. Doch erscheint er, wie alles in der Natur, dem Auge des Künstlers schön. Er malt ihn zum Studium, aber bei Leibe nicht darfer, wie das gerade heutzutage häufig geschieht, so etwas dem Publikum in die Ausstellung hängen, da er nicht verlangen kann, daß dieses den Gegenstand mit seinen Augen, mit denen eines Künstlers ansieht. So etwas verleiht das Gefühl des Publikums, ganz besonders wenn es sehr naturwahr gemacht ist, während wiederum das Gefühl nicht verleiht wird, wenn ein Dunghausen als nothwendiges Attribut bei einem bildlich zur Darstellung gelangten Bauerngehöft gemacht ist. Wenn nun viele moderne Maler auch nicht in so grober Weise gegen die Prinzipien der Kunst, das Gefühl des Publikums und dessen Geschmack verstößen, so wählen sie doch unökologische, uninteressante, häßliche Motive, von dem falschen Grundsache ausgehend, daß alles zu malen und alles schön sei! Zugegangen, aber nur für den Künstler! Früher ließ man gerne Dinge, die das „Gefühl verleihen“ in Bildern auf Kosten der Wahrheit weg, und dies hing damit zusammen, daß man in jenen Zeiten jede Einzelheit wiederum auf Kosten der Gesamtwirkung für sich, stilllebenartig auszuführen pflegte, wodurch sie dem Besucher sofort ins Auge fallen mußte. Dadurch sind die alten Bilder so scharf, hart und „ausgeführt“. Der modernen Malerei ist die Gesamtwirkung*) die Haupfsache, und in dieser spielt jede, selbst einzeln betrachtet unangenehme Einzelheit, weil sie leichter, flüchtiger behandelt wird, eine nebensächlichere Rolle, trägt aber doch zum naturwahren Eindruck des Bildes bei, ohne, wie gesagt, unangenehm empfundene zu werden. Bei dem in veralteter An-

Der Abg. Rickert berief sich dagegen auf die Erklärung deutscher Rabbiner, welche feststellen, daß die heilige Schrift die Grundlage der jüdischen Gittenlehre ist. Der Wortlaut dieser Erklärung, aus welcher Herr Rickert die mit durchschossenem Drucke hervorgehobenen Stellen verlas, ist der folgende:

Erklärung!

Im Vertrauen auf den Beistand Gottes erklären wir zur Steuer der Wahrheit gegenüber falschen Vorstellungen, die über das Schriftthum und die Gittenlehre des Judenthums verbreitet werden, was folgt:

Die heilige Schrift, welche Gemeingut der ganzen gesitteten Welt geworden ist, bildet die Grundlage für die Lehre des Judenthums.

Außer der heiligen Schrift, welche die „schriftliche Lehre“ heißt, besitzt das Judenthum noch eine Religionsquelle, den Talmud, der, weil er ursprünglich nicht niedergeschrieben wurde, die „mündliche Lehre“ genannt wird.

Eine andere religiöse gesetzliche mündliche Lehre giebt es für das Judenthum nicht.

Der Talmud baut seinen Lehrinhalt auf Grund des biblischen Wortes auf und gibt allem Raum, was den menschlichen Geist und das menschliche Gemüth beschäftigt. Neben dem Religionsgesetz und der Ethik, welche seine beiden Hauptgebiete sind, haben in ihm Fragen der Weltwehr, der Naturkunde, der Medizin, der Geschichte, sowie Erzählungen, Gleichnisse, Sagen und Ähnliches Aufnahme gefunden.

Seiner Form nach ist der Talmud mit der Aufzeichnung der Verhandlungen einer gesetzgebenden Körperlichkeit, in welcher eine Vorlage mit ihren Motiven zur Discussion steht, infofern zu vergleichen, als er die von mehr als 2000 namhaft gemachten Gesetzeslehrern während vieler Jahrhunderte in den Lehrhäusern gepflegten Verhandlungen aufzeichnet, die verschiedenen, oft widerstreitenden Meinungen neben einander stellt, jede Ansicht, die zu Worte kam, jede Auffassung, die geäußert wurde, in der ganzen Lebendigkeit der Discussion wiedergiebt, und zwar ohne dabei immer zu einer endgültigen Entscheidung zu gelangen.

Der Talmud enthält somit überaus zahlreiche Aussprüche, welche als die Meinungen Einzelner niemals bindende Kraft erlangt haben.

Seiner ganzen Anlage nach ist daher der Talmud also die Quellenschrift für die Auffassung des biblischen Wortes und für die Kenntniß, die Geschichte und die Bedeutung des überlieferten Religionsgeheges zu betrachten. Als eine solche Quellenschrift ist der Talmud zu allen Seiten von den jüdischen Forschern behandelt worden.

Die Gittenlehre des Talmuds beruht auf der Bibel und erblickt in folgenden Aussprüchen der heiligen Schrift: „Im Ebenbilde Gottes hat Er den Menschen geschaffen“ (Genesis 1,27). „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst“ (Exodus 19,18). „Liebet den Fremdling“ — „Liebe ihn wie Dich selbst“ (Deuteronom. 10,19 — Leviticus 19,34) das Gebot der allgemeinsten, auf alle Menschen, Juden und Nichtjuden, sich erstreckenden Nächstenliebe.

Im Geiste des Prophetenwortes, das dem in Babylon weilenenden Israel zugesprochen wurde: „Fördert das Wohl

der Stadt, in die Ich Euch geführt habe, und betet für sie zu Gott, denn in ihrem Wohle wird Euch wohl sein“ (Jerem. 29,7) wird im Talmud der Grundsatze aufgestellt und von allen Gesetzeslehrern einmütig zum Gesetz erhoben: „Das Staatsgesetz hat im staatsbürglichen Leben verbindliche Kraft“ (Talmud babil. Baba bathra 54b, 55a u. a. D.). Es ist demgemäß religiöse gesetzliche Pflicht, mit der Treue gegen die Religion Gehorsam gegen die Gesetze des Staates zu verbinden.

Die später aus dem Talmud und der nachtalmudischen Literatur entstandenen Auszüge, wie Tad Hashafaka des R. Moses ben Maimon, Schulchan-Aruch des R. Joseph Karo und andere Zusammenstellungen, haben niemals für sich allein, sondern stets nur dann als maßgebend für die Entscheidung gegolten, wenn sie durch das Zurückgehen auf die Quellen ihre Bestätigung erhalten.

Die Bezeichnung „Akum“ bedeutet „Anbeter der Sterne und Sternbilder“ und ist selbstverständlich nicht auf die Bekennner der monotheistischen Religion anzuwenden.

Vereinzelte gegen „Akum“ gerichtete Aussprüche in Talmud, Schulchan-Aruch und anderen Schriften sind als der Ausfluß einer durch die Zeitverhältnisse hervorgerufenen Slimmung und als Acte der Notwehr zu betrachten, sie waren nur gegen diejenigen Heiden gerichtet, welche Ehre, Leben und Eigentum der Nächsten nicht schonten. Derartige Aussprüche haben, wie schon seit Jahrhunderten die Gelehrte ausdrücklich erklärt, für das Judenthum keine Geltung.

Allgemein anerkannt und auch in Zeiten der Verfolgung festgehalten ist der Ausspruch des Talmuds: „Die Frommen aller Völker sind der ewigen Seligkeit heilhaft“. (Tosefta Sanhedrin 13,2.)

Die Gittenlehre des Judenthums erkennt keinen Ausspruch und keine Anschauung an, die dem Nichtjuden gegenüber etwas erlaubt, was dem Juden gegenüber verboten ist.

Die Gittenlehre des Judenthums, die seinen Bekennern heilig ist, die in den Schulen gelehrt und von den Kanzeln verkündet wird, gebietet:

In jedem Menschen das Ebenbild Gottes zu achten, in Hand und Wandel strengste Wahrhaftigkeit gegen jedermann zu befrüchten, jedes Gelübde und Versprechen, welches irgend einem Menschen, sei er Jude oder Nichtjude, geleistet wurde, als unauslöslich und unverbrüchlich treu zu erfüllen, Nächstenliebe gegen jedermann ohne Unterschied der Abstammung und des Glaubens zu üben, die Gelehrte des Vaterlandes in treuer Hingabe zu befolgen, das Wohl des Vaterlandes mit allen Kräften zu fördern und an der geistigen und sittlichen Vervollkommenung der Menschheit mitzuarbeiten.

Berlin, im Februar 1893.

Die Nabbiner der jüdischen Gemeinden Deutschlands.

Die Verlesung dieser Sätze blieb selbstverständlich nicht ohne Eindruck. Das war natürlich Herrn v. Wackerbarth unangenehm. Scheinheilig freute er sich über solche „Aufklärungen“, aber weshalb hätten die Juden die Talmudlehre seit 1000 Jahren „geheim gehalten“? Geheim gehalten doch nur für diejenigen, die, wie der Abg. v. Wackerbarth, den Talmud nicht lesen können

schaung besangenen Beschauer rufen aber dadurch die Bilder moderner Richtung den Vorwurf hervor, sie seien zu wenig „ausgeführt“ und könnten „delicater“ in der Behandlung sein. Bei der Landschaft bedingt die moderne Malerei aber mehr, wie in der Genre- und Porträtmalerei, daß nur die unverfälschte Natur wiedergegeben, und zwar nichts Nennenswertes dazu komponirt, noch davon weggelöselt wird. Will man eine Kleinität an einem sonst in der Natur vorhandenen Motiv abändern, ist einem zum Beispiel irgendwo ein Baum wünschenswerth, gut, so male man ihn hin, aber vor der Natur, nicht aus dem Gedächtniß. Lieber aber läßt man die Natur wie sie ist, und wählt ein anderes Motiv. In oben Ausgeführt ist der Grund enthalten, weshalb Landschaften der modernen Richtung von dem in veralteten Anschauungen besangenen Beschauer immer „Studien“ genannt werden. Was ist denn ein Bild? — Ja, allerdings die veralteten Ingredienzen eines früheren sogen. „Bildes“. Die wiederkehrend liegende und die gräsende Auh, der Waldbach mit der bekannten Wassermühle, der See mit dem einsamen Kahn, die rauchende Schmiede, die mähende Frau mit dem blauen Rock und dem rothen Kopftuch u. a. sind überwundener Standpunkt in der modernen Malerei und in Bildern derselben nicht zu finden, dafür aber ein wahres, unverfälschtes Stück der schönen Gottesnatur, von dessen wahrheitsgetreuer Wiedergabe man sich auf Schritt und Tritt durch Vergleich vor der Natur überzeugen kann. Paßt eine Glassage hinein, ist sie da, wird sie gemalt, wenn nicht, dann nicht, das macht das „Bild“ heutzutage nicht aus. Was ist denn eine Landschaft? — Ein Stück Natur. — Wenn ein Künstler ein ihn anheimelndes Stück derselben als Motiv wählt, und dieses malt, wie es ist, d. h. sich die größte Mühe giebt, die Natur zu erreichen, und es ihm gelingt, die Stimmung, die es verklärt, und die sein künstlerisch geschultes Auge, seine ideale Anschauung darin erblickt, wiederzugeben, so ist eine Landschaft der modernen Richtung fertig. „Ja“, meinte einmal ein alter Herr, „das ist doch keine Kunst, alles von der Natur abmalen“, nein aus dem Gedächtniß malen, komponiren ic. — ! O sancta simplicitas, wann wirst du überwunden werden? „Was machen aber dann die herren Landschaffter im Winter?“ — höre ich viele Leser fragen. — Nun, Winterlandschafften vor der Natur, und wer dieser Gesundheit oder des schlechten Wetters wegen nicht wagt und kann, der — hier will ich eine Antwort auf eine diesbezüg-

*) In der Schauspielkunst das Ensemble, die Stärke der Meinger.

und darüber Unwahrheiten verbreiten. Im übrigen braucht man Herrn v. Wackerbarth der gleichen kleinen Irrtümer nicht über zu nehmen, er schöpft seine Wissenschaft aus dem — Antisemitismus. Vielleicht wird auch Herr v. Wackerbarth anderer Ansicht, wenn er demnächst im „Reichsanzeiger“ — als Inserat natürlich — die Erklärung der Rabbiner über die jüdische Sittenlehre liest.

Neuer Gesetzentwurf.

Auf Grund der Arbeiten des auf Grund der Meterconvention von 1875 eingerichteten internationalen Bureaus für Maß und Gewicht ist dem Reichstage ein Gesetzentwurf betreffend die Änderung der Art. 1, 2, 3, 5 der Maß- und Gewichtsordnung zugegangen, durch welche die nationalen Prototypen für das Meter und das Kilogramm gesetzlich anerkannt werden. Sachliche Bedeutung hat das Gesetz nicht, da die neuen Prototypen mit den alten völlig übereinstimmen.

Die Vorstudien der Wassergesetzesreform.

Ohne Frage ist die größte Ausgabe, welche der Gesetzgebung Preußens nach Abschluß der Steuerreform erwacht, ein einheitliches und alle Seiten der Wasserwirtschaft umfassendes Wassergesetz für ganz Preußen. Ob ein solches Gesetz schon in der nächsten Session zur Angriffnahme reif sein wird, ist jedoch sehr zweifelhaft. Die Arbeiten der zur Vorbereitung des beuglichen Entwurfs eingezogenen Commission dürften allerdings im Laufe des Sommers, spätestens des Herbstes zum Abschluß gelangen. Die Commission hat bis auf einige wenige Kapitel, so namentlich die Behördenorganisation, bezüglich deren das Gutachten des Wasserausschusses abgeworfen werden sollte, den Entwurf durchgearbeitet. Eine Subcommission stellt gegenwärtig die Beschlüsse zusammen, überarbeitet sie noch von der Commission aufgestellten leitenden Gesichtspunkten zu einem einheitlichen Ganzen und bereitet zugleich Entwürfe für die von der Hauptcommission noch nicht berathenen Theile des Gesamtwerkes vor. Sobald diese Arbeit zum Abschluß gelangt, wird die Vorlage der Subcommission von der Commission selbst nachgeprüft werden. Sowohl die Arbeiten der Subcommission als die abschließende Revision der Commission werden erhebliche Zeit in Anspruch nehmen, da es sich um eine sehr umfangreiche Materie handelt, wie aus dem Umstande ersichtlich ist, daß der Entwurf über 300 Paragraphen zählen wird. Bevor sodann die Ressortminister und demnächst das Staatsministerium zu demselben Stellung nimm, dürfte der Entwurf einer Anzahl befreiter Provinzialbehörden der allgemeinen und landwirtschaftlichen Verwaltung, vielleicht auch Sachkennern außerhalb der Beamtenwelt zur Begutachtung vorgelegt werden.

Dass alle diese Vorstudien bis zur nächsten Landtagssession durchlaufen werden können, ist kaum wahrscheinlich.

Jungtschechische Demonstrationen

sind gestern in Prag nach der Bestattung des Abgeordneten Trojsen vorgenommen. Die Menge sammelte sich vor der Wohnung des jungtschechischen Abgeordneten Herold und brachte denselben Orationen dar. Der Volkshause zog auch zu den Nationaldenkmälern und verursachte eine Demonstration vor dem deutschen Casino. Weitere Ausschreitungen wurden jedoch von der Polizei, welche umfassende Vorkehrungen getroffen hatte, verhindert.

Gladstones Homerule.

In der gestrigen Sitzung des englischen Unterhauses erläuterte Gladstone die Grundzüge der Homerule-Bill. Der greise Premierminister, von seinen Anhängern enthusiastisch begrüßt, erklärte, ein permanentes Zwangsgesetz für Irland sei unmöglich. Bei Errichtung der Union seien Irland gleiche Gesetze wie England versprochen, dieses Versprechen sei jedoch niemals erfüllt worden. Fünf Gethstel der irischen Abgeordneten seien

liche Frage anzuführen, die Theodor Hagen, Professor an der großherzogl. Kunsthochschule in Weimar, selbst ein bedeutender Vertreter der modernen Richtung, gab: „Der Winter“ — sagt er — „ist hauptsächlich dazu da, den im Sommer vor der Natur gemalten Bildern den leichten Schliff zu geben.“ Dies will nicht etwa heißen verändern oder dazutun, abgesehen von einigen unbedeutenden Nebenschönheiten, sondern in Rahmenstimmen, Staffage wenn nötig vor der Natur im geheizten Glashause hineinmalen, lackiren &c. &c. — kurz ausstellungsgerecht machen. Und nun zum Schluss die Haupträume noch einmal zusammengefaßt: Der moderne Maler hat zwar durch die Wahl und Auffassung des Motivs ein ideales Moment in das Bild, der Idee nach, hineinlegen, muß aber die Einzelheiten der Darstellung so realistisch wie möglich bringen, und solche Motive lieber unbekannt lassen, die durch die nötige, streng realistische Ausführung gewisser, vielleicht das Gefühl verlebender Details das Publikum abstoßen und die Prinzipien der Kunst hinteransehen würden. Das ideale außerhalb der Natur liegende Moment, welches den Betrachter emporhebt über die bloße Wirklichkeit der Natur, ist die Wahl und Auffassung des Motivs beim Figurenbild und das Sehen und Finden, sowie Hineinlegen der den Maler anregenden Stimmung, das Sehen der schönen Linien oder der schönen, das Gleichgewicht haltenden Vertheilung von Licht und Schatten &c. im Vorwurf der Landschaftsmalerei, welches alles ja das „Bild“ nach moderner Auffassung macht. Der modernen Malerei ist jedoch für die heutige so oft vorkommenden Schauer- und Sensationsbilder, sowie für die Geschmacklosigkeit in der Wahl der Motive bei der Landschaft kein Vorwurf zu machen, wenn auch somit es die Technik und Wiedergabe des Einzelnen betrifft, entschieden Gutes geleistet ist. Wie aus Obigem hervorgeht, ist die verkehrte Wahl der Motive einzige und allein dem missverstandenen Realismus zuzuschreiben.

Leopold Günther-Weimar.

Stadt-Theater.

Montag, 13. Februar, „Die lustigen Weiber“, Text nach Shakespeare von Moenthal, Musik von Nicolai, mit Frau Moran-Olden (Frau Fluth) a. G. Ein kühnes, souveränes Können, ein nicht leicht Rennen der Schwierigkeit, eine unerhörliche Frische und Kraft der Auffassung und eine fast übermütige, die Willenspielen wie den Zuhörer hinreichende Durchführung nach der schauspielerischen Seite wie nach der gesanglichen, mochte es sich um lyrischen Gesang oder um die

Nationalisten. Er wolle gegen England keinerlei Drohung richten, aber wenn dasselbe gegen die irischen Forderungen ewigen Widerstand leiste, werde es seine Kräfte erschöpfen. In der im Jahre 1886 eingebrochenen Vorlage seien fünf unabänderliche Hauptrincipien aufgestellt worden, an denen festzuhalten die Regierung bestrebt sei. Der Zweck der jetzigen Vorlage sei die Errichtung einer legislativen Körperschaft mit dem Sitz in Dublin für die legislativen und administrativen irischen Angelegenheiten. Die Regierung wünsche nichts zu thun, was mit der Reichseinheit unvereinbar sei. Sie wünsche vielmehr, dieselbe durch die Ausdehnung der lokalen Selbstverwaltung zu stärken. Für die Suprematie des Reichsparlaments werde in der Einleitung zur Homerule-Bill-Sorge getragen, indem dort ausdrücklich gesagt sei, daß die Bill eingebrochen werde, um ein irisches Parlament zu errichten ohne die Oberherrschaft des Reichsparlaments zu beeinträchtigen oder zu befränken. Die irische legislative Körperschaft werde aus dem legislativen Rath und der legislativen Versammlung bestehen. Der Vicekönig werde auf 6 Jahre ernannt werden, sei aber der eventuellen Absetzung durch die Krone unterworfen. Auf die Qualification zu diesem Amt soll die Confession ohne allen Einfluss sein. Dem Vicekönig würde volle Executivevollmacht übertragen. Ferner werde ein Executiv-Comité des Geheimen Rates von Irland ernannt werden. Dieses Comité werde in Wirklichkeit den Rath für gewöhnliche Angelegenheiten oder das Cabinet des Vicekönigs bilden. Auf den Rath dieses Comités werde der Vicekönig die Bills genehmigen, wobei er jedoch von der königlichen Instruction bezüglich aller eingebrochenen Vorlagen abhängig bleibe. Der legislative Rath werde der Minorität in Irland Gelegenheit zum Ausdruck ihrer Meinungen bieten und die volle Erwagung derselben sichern. Dieser Rath werde aus 48 gewählten Mitgliedern bestehen. Stimmberechtigt sei Jeder, der ein Minimum von 20 Pfund als Jahresmiete entrichte. Jeder Wähler sei nur in einem Wahlbezirk stimmberechtigt.

Über den Schluß von Gladstones Ausführungen geht uns heute noch folgendes Telegramm zu:

London, 14. Februar. (W. L.) Gladstone führt weiter aus: Die Richter sind von der Krone ernannt, sind unabsetzbar, die Polizei geht auf die neue Autorität über, die jehigen Constabler sind allmählich zurückzuziehen. Die Zahl der irischen Deputirten wird von 103 auf 80 reducirt; dieselben haben ihren Sitz im Reichsparlament und sind von der Abstimmung über rein großbritannische Angelegenheiten ausgeschlossen. Die Zolleinnahmen Irlands werden als Beitrag für die Reichsausgaben betrachtet. Die Accisenabgaben verbleiben den irischen Behörden. Gladstone schloß mit den Worten: Die Bill werde die Kraft, die Größe, den Ruhm und die Einheit des Reiches erhöhen und stärken.

Französischer Präsident irischen Stammes.

Englische Blätter machen darauf aufmerksam, daß, wenn der in letzter Zeit vielgenannte französische Deputierte Cavagnac wirklich der künftige Präsident der französischen Republik sein sollte, es dann das zweite Mal wäre, daß dieser Posten mit einem Abkömmlinge des irischen Stammes besetzt würde. Marshall Mac Mahon, welcher nach Herrn Thiers den Präsidentschaftsstuhl bestieg, hat sich stets seiner irischen Abkunft gerühmt. Cavagnac seinerseits stammt aus dem altrömischen Geschlecht der Mac Murrough Ravanagh. Ein Träger dieses Namens gehörte bis zu seinem vor kurzem erfolgten Tode dem englischen Unterhause an.

Zu dem jüngsten Somalistaufstand in Asmara wird dem Bureau Reuter aus Zanjibar, 10. Februar, das Resultat der an Ort und Stelle vom britischen Generalconful angestellten Nachforschungen tele-

glänzendsten Coloraturen handeln, charakterisiren die Wiedergabe der Frau Fluth durch Frau Moran-Olden. Im ersten Akt hatte Referent das Gefühl, daß das sehr rasche Tempo, allerdings wohl die äußerste Grenze erreicht, im Augenblick von der Sängerin improvisirt war, die Sängerin der Frau Reich kam zwar mit, und das überaus lustige Duett gewann wohl an Wirkungskraft; später aber, am Ende des Aktes, ging der künstlerische Übermut doch in eine Art von „Ahr mir nicht d'r'an“ über; denn am Schlus des letzten Aktes war die Gesamtwirkung nicht mehr durchsichtig und nur noch Folie für den Gast, der die Mitspielenden und den Dirigenten in diesem Akte zu überraschen schien. Ohne an dem zu verlieren, was der Italiener disinvoltura nennt — jenem freudigen Spielen mit der Gefahr und Schwere — lenkte Frau Moran-Olden im 2. Akt (Duett mit Fluth und Finale), wie im dritten in ein bewußteres Zusammenwirken mit den anderen Factorien der Gesamtwirkung ein. Dass Frau Moran-Olden die Gestalt der Frau Fluth mehr nach der Seite Shakespearescher Verbiheit, als nach der Nicolai'scher Einheit hin bildete, ist Natur, mit der sich nicht rechten läßt. Fräulein Neuhaus hatte stimmlich zwar einen schweren Stand mit ihrer berühmten Partnerin, gab die Frau Reich aber wie immer reichsvoll und lebendig. Auch weiter zeigte sich unser Theater als im Besitze der Bedingungen zu einer im ganzen vorzüglichen Aufführung des schönen, genialen, von Geist und Leben übersprudelnden Werkes.

Der Fauststoff des Herrn George war zunächst eine Wohltat für das Ohr durch die Festigkeit seiner Tonbildung, die unbedingte Zuverlässigkeit der Intonation und den Wohlklang der Stimme namentlich für den Danziger Opernfreund, der Jahre hindurch einem musikalisch ewig wachsenden Bach in dieser Rolle gegenüber war. Auch die Maske und mimische Charakteristik gelangen Herrn George ganz wohl: einen und den anderen Zug hätte er tiefer und breiter geben können, was in der Wiederholung sich wohl von selbst finden wird. Herr Fizau gab den Fluth mit Wucht und Noblesse, die Rückkehr zur Natur seiner (Barnton-)Stimme trägt sichtlich immer reichere Früchte, denn auch sein Spiel entwickelt sich, von dem Zwange im eigenen Bewußtsein befreit, immer mehr. Es bleibt dahingestellt, ob er den beschränkten Eiferflüchtigen nicht etwas weniger tragisch und schwer nehmen sollte, er erschien so mehr wie eine Figur des großen als der komischen Oper. Das große Duett aber mit Fauststoff gaben die beiden Sänger mit großer Auszeichnung und sandten reichen Beifall damit. Herr Lundmark hatte laut Bericht

graphirt: Schon seit langer Zeit schienen die Somalis unzufrieden und zeigten ein störrisches und herausforderndes Benehmen. Schließlich machten einige von ihnen den Versuch, Mr. Todd, den Agenten der britischen Ostafrika-Gesellschaft, auf offener Straße zu töten. Darauf schritt die Polizei der Gesellschaft energisch ein und tödete mehrere der unzufriedenen Einwohner. Als mittlerweile auch die Kanonen von J. M. G. Widgson die Fläche bestrichen, zogen sich die Somalis ganz in Unordnung und entmischt ins Binnenland zurück. Die Truppen der Gesellschaft werden möglichst schnell verstärkt werden. Die Somalis durften in die Stadt erst zurückkehren, nachdem sie Papiere unterzeichneten, in denen sie ihre Unterwerfung unter die Herrschaft der britischen Ostafrika-Gesellschaft erklärt.

Ein Friedensschluß im Balkan.

Aus Montenegro vom 5. Februar schreibt man:

Es ist bekannt, daß schon seit längerer Zeit Versuche gemacht werden, die Blutfedern zwischen den Montenegrinern und den Albanern auf friedlichem Wege zu schlichten. Namentlich die türkische Regierung hat es an keiner Bemühung fehlen lassen, dieses Ziel zu erreichen, da sie von dem lebhaften Wunsche beseelt ist, an den Grenzen des Reiches die Ruhe aufrecht zu erhalten. Schon vor mehr als vier Jahren kam es zu einem feierlichen Friedensschluß zwischen Stämmen, welche das Grenzgebiet von Gospicje-Plava bis zur Meereshöhe bewohnen, der bis zu dem heutigen Tage eingehalten wurde. Damit war auf einem Theile der Grenze die Ruhe hergestellt, allein die Bewohner des anderen Theiles, der sich von Gospicje-Plava bis nach Bosnien erstreckt, lebten weiter in Blutfedern, und es kam dagegen wiederholzt zu heftigen Zusammenstößen zwischen Albanern und Montenegrinern. Kürzlich ist es nun gelungen, auch hier den Frieden herzustellen. Es geschah dies in besonderer feierlicher Weise. Die montenegrinischen Häuptlinge und Würdenträger versammelten sich in Andrijevica. Dort wurden sie nach Rang und Alter geordnet und dann von mehreren Papen zu dem Grenzorte Vinica geführt, wo zwei Compagnien montenegrinischer Soldaten aufgestellt waren. Diese gegenüber, knapp am Ufer der Lim, standen die türkischen Truppen. Die türkisch-albanischen Führer waren gleichzeitig mit den montenegrinischen in Vinica erschienen. Nachdem alle versammelt waren, stellten die Friedens-Commissäre die Häuptlinge einander vor. Das Friedens-Dokument wurde von den Commissären und Häuptlingen unterzeichnet und sohn begaben sich alle zum Liva, wo sie von den dort aufgestellten Truppen militärisch begrüßt wurden. Hierauf waren die Commissäre, die beiderseitigen Geistlichen und die Hauptwürdenträger, nach der althergebrachten Sitte bei der Schlichtung von Blutfedern, Steine ins Wasser. Nach den Dankgebeten hielten der türkische Commissär, Tahir Paşa, und der montenegrinische Commissär, B. Gardasevic Ansprachen an die Versammelten, worin sie die Bedeutung des Friedensschlusses auseinandersetzten. Hierauf folgte ein Festmahl, an welchem alle erschienenen Führer und Würdenträger Theil nahmen, und in dessen Verlaufe viele Trinksprüche ausgetragen wurden, wovon derjenige des Aaimakam von Verana Mehmed Ben Bahtijarevic der beachtenswerteste war. Derselbe trank auf den montenegrinischen Commissär und pries dessen Bemühungen um das Zustandekommen des Friedensschlusses. Man habe es in der Türkei mit Freuden aufgenommen, daß kein Unterschied zwischen Bruder und Bruder wegen der Religion gemacht werden solle. Gleichzeitig mit der Bedeutigung der Blutfedern wurde auch eine Angleichung geordnet, welche schon Jahre lang stiftig war. Die türkisch-albanischen Grundbesitzer hatten nämlich an Montenegriner Forderungen im Werthe von ungefähr 18 000 £., die sie aus den Einkünften ihrer in Montenegro gelegenen

erst am Sonnabend Nachmittag vor der Aufführung den Auftrag erhalten, den Fenton zu übernehmen, und erbrachte, an diesem Umstande gemessen, mit seiner Wiedergabe dieser Partie einen sehr sprechenden Beweis von Talent, denn bis auf eine kleine Gefahr im Eingange seiner Romanze im zweiten Akt sang er sie nicht nur sicher und mit tadelloser Intonation, sondern auch mit warmer Empfindung, und gab sie dabei bereits mit natürlichen Spiel. Dabei passt der Charakter seiner Stimme gerade zu der jüngstigen Instrumentation der Romanze und des Duells mit Anna ganz besonders; die Stimme des Herrn Lundmark ist frisch und lieblich und wird mit der Übung und zunehmender Freiheit des Bewußtseins auch mehr Kraft entwickeln können, da es ihr an Tragfähigkeit nicht mangelt. In diesem Sinne kann man Herrn Lundmark zu dem geistigen Erfolge beglückwünschen. Die Anna des Fräulein Brackenham war eine musikalisch fertige und sehr ansprechende Erscheinung sowohl in der etwas concermaßen Arie als im letzten Akt. Spiel und Empfindung waren noch etwas unentwickelt, doch aber nirgends unangemessen. Den Junker Späth und den Franzosen gaben die Herren Schnelle und Bing in der gewohnten draufsch-ergötzlichen Weise. Den Reich gab Herr Miller gesanglich tüchtig und mit stets treffender, sympathischer Auffassung. Die Chöre waren im ganzen gut, das Ballet elegant und glatt durchgeführt. Herr Kapellmeister Aichau leitete das Ganze mit Temperament und liebevollem Verständnis für die reichen symphonischen Schönheiten und den Gefamtharakter dieser unvergleichlichen Oper, die für immer ein Monument des seinen Geschmackes, der urbanen Heiterkeit, die auch das Joviale und Groteske noch akademisch gestaltet, und die That eines Genies bleiben wird, das unter Deutschen höchst selten, noch eine große Wirkung auf die deutsche Oper ausgeübt haben würde, wenn ein grausames Geschick nicht dem 31jährigen Meister schon den Lebensaden abgeschnitten hätte.

Dr. C. Fuchs.

Über die Erdbeben auf der Insel Zante wird der „König. Ztg.“ aus Griechenland folgendes Nähere geschrieben:

In der ersten Überraschung eines nicht ganz gewöhnlichen Unglücks weiß man diesen Broke und Tragweite nie richtig abzuschätzen. So liegen heute über die Erdbeben auf der schönen ionischen Insel noch nicht die genauen Berichte vor, aus denen sich die feststehende Wahrheit ermitteln läßt. Man wird hier durch sensationell aufgebaute Berichte leicht abgestumpft gegen wirkliche große Unglücksfälle. Aber

Befestigungen beanspruchen. Es kam nun zu einem Ausgleiche, indem sich die Grundbesitzer mit dem dritten Theile ihrer Forderungen zufriedenstellten, der ihnen auch bereits ausbezahlt wurde.

Deutschland.

B. Berlin, 13. Februar. In Betreff der Ausführungsarbeiten für das Nationaldenkmal Kaiser Wilhelms I. sind wir in der Lage aus bester unterrichteter Quelle betonen zu können, daß entgegenliegenden den vor einigen Tagen durch die Presse laufenden Notizen, daß nämlich Prof. Vegas mit den sämtlichen Arbeiten zu dem Denkmal bereits betraut ist, vielmehr über die Frage, so weit sie sich auf die architektonischen Zuthaten bezieht, noch gar keine definitiven Bestimmungen vorliegen. In erster Linie gehört hierher der das Denkmal umschließende Porticus. Richtig ist nur, daß Prof. Vegas definitiv mit dem eigentlichen Denkmal selbst betraut ist, während der Säulenring wiederum einige Änderungen erhalten wird, nach Gutachten des Hofbaudirektors Ihne zur Ausführung gelangen soll und sich besser in einer gestreckteren Form den engen Raumverhältnissen auf der Schloßfreiheit anpassen wird. In Folge dieser Nachrichten sind auch alle Abbildungen, wie sie die illustrierten Journale in den letzten Wochen gebracht, als mindestens verfrüht zu bezeichnen. Unter Berücksichtigung dieser ewigen Calamitäten, die das Denkmal Kaiser Wilhelms I. nun schon die langen Jahre hindurch durchgemacht haben, kann man auch recht gespannt sein, wie sich die weitere Entwicklung zum Kaiserin Augustedenkmal gestalten wird!

* [Das Comptabilitätsgeges] oder, wie es jetzt wohlklänger genannt wird, Staatshaushaltsgesetz wird, wie wir hören, dem Landtag in der gegenwärtigen Session nicht mehr vorgelegt, sondern auf die erste Tagung der neuen Legislaturperiode verschoben werden.

* [Landgemeindeordnung für Hessen-Nassau.] Die Vorarbeiten für die Landgemeindeordnung in Hessen-Nassau sind so weit fortgeschritten, daß, wenn auch mit Rücksicht auf das ohnehin übermäßige gesetzgeberische Pensum der laufenden Tagung zuerst von einer Gesetzesvorlage abgesehen wird, mit Sicherheit für die nächste Session eine solche zu erwarten ist.

* [Wechselstempelsteuer.] Amlichlicher Nachweisung zufolge hat die Einnahme an Wechselstempelsteuer im deutschen Reich für die Zeit vom 1. April 1892 bis zum Schlus des Januar 1893 6 626 718,90 Mk. oder 218 920 Mk. weniger als im gleichen Zeitraum des vorigen Staatsjahres betragen.

* [Die Production von Braantwein] hat nach amtlicher Ermittlung in dem Zeitraum von Anfang Oktober v. J. bis Ende Januar d. J. 1 424 896 Hectolitr. gegen 1 243 373 Hectolitr. im Vorjahr betragen. Davon wurden 805 145 Hectoliter gegen 781 976 Hectolitr. nach Entrichtung der Verbrauchsabgaben in den freien Verkauf übergeführt. Am Schlus des Januar verblieb in den Lagern und Reinigungsanstalten unter steuerlicher Controle ein Bestand von 566 139 Hectoliter.

Köln, 13. Februar. Der Kölner Arbeiterverband sandte eine von sämtlichen Vorständen der neun Kölner Arbeitervereine unterzeichnete Eingabe an den Reichstag, welche mit der Bitte schließt:

„Der Reichstag wolle der Vorlage der hohen Staatsregierungen bezüglich der zweijährigen Dienstzeit und der dadurch bedingten allgemeinen Wehrpflicht die Zustimmung nicht versagen.“

Schweden und Norwegen. Stockholm, 13. Februar. Nach einer Meldung aus Linköping ist der Bischof Cornelius, ehemaliger Professor der Geschichte und Kirchengeschichte an der Universität Upsala, nach kurzer Krankheit gestorben.

Dem „Socialdemokrat“ zufolge wird der sog. Folketagsdag, zu welchem vor kurzem die Wahl von Delegierten vorgenommen wurde, am 13. März in Stockholm zusammengetreten. (W. L.)

doch wird man es ein furchtbare Schicksal nennen müssen, wenn die Bewohner einer ganzen Stadt, ja eines ganzen Landstriches um die mitternächtige Stunde herausgerückt oder geflüchtet werden oder liegen müssen aus ihren Betten, Stockwerken, Häusern, hinaus in die kalte Winteracht, wo sie in jedem nächsten Augenblick ein neuer Sturm zusammenbrechender Hausmauern erwarten. Es scheint wirklich diesmal schlimm geworden zu sein, so viele Erdbeben man in Griechenland gewohnt ist. Der erste Stoß war schon verheerend; aber es folgten deren zwanzig in kürzester Zeit; und mehrere Tage hielten die Erschütterungen an. Es verwundert durchaus nicht, daß die Ortschaften seien wie Spielzeug zusammengefallen; kaum ein Gebäude auf der gesamten Insel

Heute morgen 12½ Uhr wurde uns eine gesunde Tochter geboren.

Danzig, 14. Februar 1893.

Hauptmann von Bosen und Frau Clementine, geborene Freiin v. Rehrling.

Die Verlobung meiner Tochter Selma mit dem Kaufmann Herrn Max Kultus, Leipzig, ehre ich mich ergeben zu anzeigen. (4721)

Danzig, im Februar 1893.

Frau Auguste Rosenburg,

geb. Becker.

Gelma Rosenburg,

März Autes.

Verlobte.

Danzig. Leipzig.

Bfandleih-Auction.

Donnerstag, den 18. Februar, Vorm. 9 Uhr, Mönchstrasse Nr. 15, bei Herrn A. Grünthal, Pfandnummern von Nr. 10 000 bis 15 000, mögl. einlade.

W. Ewald, vereid. Auctionator u. Gerichts-Taxator. (3783)

Loose zur Fuhmehallen-Lotterie a 1 M., Loose zur Treptower Silber-Lotterie a 1 M., Loose zur VIII. Meissener Geld-Lotterie a 3,50 M., Loose zur Marienburger Geld-Lotterie a 3 M., zu haben bei

Th. Bertling.

Kölner Dombau-Lotterieziehung bestimmt 23. Febr. cr. Hauptgewinn 75000 M. Loose a 3,50 M noch zu haben bei Hermann Lau, Langgasse 71.

Johannisbeer-Marmelade 60 g. & 1 M., Himbeer-Marmelade 60 g. & 1 M., Drei-Frucht-Marmelade 60 g. & 1 M., Stachelbeer-Marmelade 60 g. & 1 M., Orangen-Marmelade 100 g. & 1 M., Breiheberlein in Zucker, selbst eingekochte 60 g., Rheinisches Apfelkraut, 60 g. & 1 M., Kirschkreide 60 g. & 1 M., Pflaumenmus 30 g. & 1 M., empfiehlt. (4784)

F. E. Gossing, Jopen- u. Vorlechaiseng.-Ecke 14.

Delikaten Räucherlachs, div. Fischmarinaden u. Fische in Ceele, in einzelnen Portionen und Fässchen empfiehlt. (4775) Aloys Kirchner.

Frishen Caviar, a 1 M. empfing, Verland nach auswärts von 1 M. an Albert Meck, Heil. Geistgasse 19.

Hochseine Cervelatwurst verende gegen Nachnahme, a 1 M. 10 M. bei Abnahme von 10 M. portofrei. Eduard Lemke, Lauenburg i. B. Mühlstraße. (4740)

Heute Abend treffen ein: Frische Karpfen, Biund 50 g., frische Schellfische Pfd. 40 pf., frische Maranen, frische Landseebarsch Pfd. 40 pf. Wilh. Götz, Frauengasse 46.

Vilh. Götz, Frauengasse 46. Fr. grohe u. Mittel-Maranen eben erhält, verk. bill. H. Geistgasse 49 pt. J. Hevelke geb. Kreft.

Heute gibt es eine selte Schönhheit von Karpfen bis 5 Pfd. schwer, Pfd. nur 50 g. feinte Zander, Pfd. nur 45 g. bis 4 Pfd. schwer, hechte Pfd. 35 und 40 g. frische und sämlich frisch geräucherte Maranen billigst. Lachmann, Lobsigasse 25.

Vorzügliches Bock-Bier aus der Brauerei „Engl. Brunnen, Elbing“ sowie ihre sämtlichen anderen bekanntlich guten Biere offeriert in Gebinden und Flaschen Filiale der 1. Gräther Dampf-Bierbrauerei C. Bähnisch, Große Wollmebergasse Nr. 8. Empfiehlt meine

Wein-Niederlage. Axel Simonsen, Brodbänkengasse 34, Hühnerberg 14.

Ball- u. Cotillon-Bouquets, Geburtstagssträuße, Kräbe u. Jardinerien, geschmackv. gearbeitet, empfiehlt billigst Baumert, Wollmeberg 13.

Photographien des verstorb. Herrn Pfarrer Grosskopf (Ohra) sind in meinem Atelier vorrätig.

R. Grosse, Photograph des Offizier-Vereins.

Nach beendetem Inventur verkaufen wir Stoff-Reste, passend zu Knaben- und Herren-Anzügen zu enorm billigen Preisen. M. Löwinhofer u. Co., Langgasse 16.

600 Schock Dachrohr, gewonnen aus den sächsischen Häfchen, stellt zum Verkauf Johem, Busch-, Glashütten Hirsch-hähnen bei Zeyer.

Eiserner Geldschrank mit Stahlpanzerriegel, feuersfest, bill. zu verk. Hof, Mühlenstrasse 10.

Tracks sowie ganze Anzüge werden stets verliehen Breitgasse 38 bei J. Baumann.

Gehrt & Claassen,

Sächsische Strumpfwaren-Manufaktur,

Langgasse Nr. 13.

Erste Etage Grosser Ausverkauf erste Etage.

Vornehmlich empfiehlt:

Einen Posten Tricottaillen von 1,25 Mk. an, Kinderkleidchen von 1,25 Mk. an, Knabenanzüge von 3,50 Mk. an, eine Partie wollener und seidener Damentücher u. Echarpes offizielle zu erheblich herabgesetzten Preisen.

Restbestände in Strümpfen, Socken, Strumpfstrümpfen, Sommer- u. Winterhandschuhen

bedeutend unter Selbstkostenpreisen.

Strickwolle von 1,75 Mk. per Pfd. an.

Für die Provinz Westpreußen sucht eine ältere, bereits eingeschaffte deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaft einen in der Branche erfahrenen, leistungsfähigen

Reisebeamten.

Demselben wird außer

Provision u. Reisebezügen

ein monatliches Fixum von

150—250 M. gewährt.

Offerren sind unter 4757

der Expedition d. Zeitung

eingesenden.

Gambrinus-Halle, Kettwigerstrasse 3, empfiehlt seine oberen Säle zu Feierlichkeiten und Versammlungen jeder Art. Diners, Coupers auch einzelne Schüsseln werden sorgfältig u. billig abgegeben.

Großer Mittagstisch in u. außer dem Hause, für Abonnenten preisermäßigung. Heute Abend:

Raulbarsuppe.

A. Streng's Restaurant

Vorstr. Graben 21.

Heute Abend: Krautbarsuppe.

Heute Abend: Kinderfest.

A. Thimm Wwe., 1. Damm Nr. 7. (4779)

Königsberger Kinderfest

jeden Dienstag und Freitag Heilige Geistgasse 5. (4738)

C. Stachowitsch.

Eisbahn

an der Aschbrücke.

Mittwoch, den 15. Februar 1893, von 3 Uhr Nachmittags bis 10 Uhr Abends:

Großes Concert,

Abends:

Brillante Illumination,

8½ Uhr:

Großes Feuerwerk.

Preis für Erwachsene 20 g. Kinder 10 g. Die ausgegebenen Abonnementskarten haben für diesen Tag keine Gültigkeit.

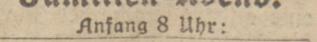
Freundschaftl. Garten.

Heute Dienstag, 14. Febr. 1893:

Fasnachts-

Familien-Abend.

Anfang 8 Uhr:



Friedr. Wilh. Schützenhaus

Mittwoch, den 15. Februar:

Gesellschafts-Abend.

Anfang 7½ Uhr.

Entree 30 g. Logen 50 g.

Carl Bodenborg. Königlicher Hoflieferant.

Apollo-Saal.

Mittwoch, d. 15. Februar cr.

Abends 7½ Uhr:

Zweiter (letzter)

Dramatischer Vortrag

von Professor Alex. Strakosch

aus Wien.

Billets, nummerierte Sitzeplätze

1. u. 2. Reihe a 2 M. 3. bis 8.

Reihe a 1 M. Stehpätze a 75 g.

Stehtickets: Stehpätze a 75 g.

Siehpätze a 50 g. bei

Constantin Ziemssen,

Danzig, Hundegasse 36,

Joppo, Seestraße am Markt.

Wilhelm-Theater.

Eigenh. u. Dir. Hugo Meyer.

Mittwoch, 15. Febr. cr.:

Letztes Aufstreten

von Mdme. Bisera's

Gesellschaft.

Darstellung schwedender

Marmorgruppen,

sowie Auff. des gesammten

Röntgen-Perfomals.

Perf.-Vors. u. alt. Weit. v. Plak.

Gommabend, 18. Febr. cr.:

Center öffentlicher

Masken-Ball.

Danziger Stadttheater.

Mittwoch: Außer Abonnement.

P. P. C. Benefit für Adele

Werra. Novität. Zum 3. Matz:

Heimat. Hauptspiel von

Gubermann.

Donnerstag: Außer Abonnement.

P. P. C. Bei erhöhten Preisen.

Lehns. Hauptspiel der königlichen

Rammergänger in Moravien.

Normal. Oper. Vorher:

Ich heirate meine

Tochter. Lustspiel.

Freitag: Abonnements - Vor-

stellung. Benefit für Alfred

Böck. Ein Sommer-

nachtstraum. Phantastisches

Lustspiel mit Gesang und

Tanz von Shakespeare.

Besten Dank! Betreffs der gr.

Verbind. möchte gr. Nähersetzen

erford. Hier vorläufig bleibt b. Alt.

All. gel. u. gruß. herz. A. P.

St. Helena.

Das Glück meines Lebens ist

für ewig vernichtet. Ich habe

Dich stets gebeten Treue und

Glauben zu halten. - Verzeihe

die in der unberechtigten Ere

erfüllte meine leichte Bitte. - Werde

glücklich! Ewig gedenke ich Dein!

Nächste Woche Ziehung

Kölner Dombau-Lotterie.

Hauptgewinn Mark 75000.

Loose a 3,50 Mark sind zu haben in der

Expedition der Danziger Zeitung.

Die Aktionäre der Zundersfabrik Neuteich werden hierdurch zur außerordentlichen General-Versammlung

Donnerstag, den 2. März 1893,

Nachmittags 4 Uhr, ins Hotel zum Deutschen Haus hier selbst eingeladen.

Tagesordnung:

Bau von Kleinbahnen eventl. Beschlussfassung über Aufnahme einer Grundschuld.

Neuteich, den 9. Februar 1893. (454)

Beilage zu Nr. 19977 der Danziger Zeitung.

Dienstag, 14. Februar 1893.

Abgeordnetenhaus.

29. Sitzung vom 13. Februar.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Berathung des Staatshaushalts für 1893/94, und zwar die Berathung des Staats des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Beim Kapitel 109. Ministerium, und zwar beim Titel Gehalt des Ministers bringt

Abg. Träger (frei): die Frage des Religionsunterrichts der Kinder von Dissidenten vor. Der Vorgänger des Ministers habe eine Verfügung darüber erlassen, wonach ein Unterricht in der Religion für diese Kinder nachgewiesen werden soll. Diese Verfügung war in dem Volksschulgesetz des Ministers aus der Region der Verfügung in die Region des Gesetzes hineingetragen worden. Das Haus hat aber diese Bestimmung des Gesetzentwurfes gestrichen. Der Gesetzentwurf ist allerdings nicht weiter verathen worden. Redner weist nach, daß eine solche Verfügung nicht nur dem Urtheile der Gerichtshöfe widerspreche, sondern auch dem verfassungsmäßigen und gesetzlichen Zustand, denn es sei die Freiheit des Religionsbekennnisses garantiert, und es steht auch jedem frei, aus den Landeskirchen auszuscheiden durch eine kurze Erklärung. Demgegenüber ist es unbegreiflich, wie die Kinder eines solchen Dissidenten in einen Religionsunterricht gezwungen werden sollen, welcher den Absichten der Eltern nicht entspricht. Wenn der Minister einige Petitionen auf den Rechtsweg vermittelet hat, so ist das doch bedenklich, da doch der Minister die Kenntnisse des Kammergerichts kennt. Rechtsunkundige Leute sollte man doch auf diesen Weg nicht verweisen. Es sollte immer vermieden werden, die Verwaltung mit der Rechtsprechung im Gegensatz zu bringen. Der Minister hat hier die Erklärung abgegeben, daß ihm nichts weniger wünschenswert wäre, als Gewissenszwang. Gerade in dieser Verfügung wird aber allgemein ein schwerwiegender Gewissenszwang erblickt. Der Vortheil, der durch dieselbe erzielt werden soll, ist ein außerordentlich geringer gegenüber dem Nachteil, der die Folge derselben ist. Die Kinder können in dem Religionsunterricht gezwungen werden, aber es kann nicht verhindert werden, daß ihnen im Hause wieder das ausgeredet wird, was sie in der Schule gelernt haben. Die wahre Religiosität kann nur auf dem Boden der Gewissensfreiheit gefördert werden. Bedenklich ist es, dem Volke die Religionsfreiheit aufzuzeigen.

Minister Bosse: Ich kann dem Vorredner nur dankbar sein, daß er diese Sache, die mich vielfach eingehend beschäftigt hat, angeregt hat. Ueber die Vorgänge ist der Vorredner doch nicht ganz richtig unterrichtet. Die Verfügung befagt keineswegs, daß jedes Kind an dem Religionsunterricht in der Volksschule Theil nehmen müsse, sondern nur dann soll das der Fall sein, wenn nicht für den Religionsunterricht anderweitig gesorgt ist. Dieser Zustand hat seit 1859 bestanden mit Ausnahme zweier oder dreier Entscheidungen des Ministers Falk. Dass es unerwünscht ist, Verwaltung und Rechtsprechung in Gegensatz zu bringen, damit bin ich auch einverstanden. Ich würde mich einer abweichenden Rechtsprechung sofort fügen. Das Kammergericht hat sich aber in den Erwägungsgründen seines Urtheils aus dem Jahre 1886 auf Vorfärsiten bezogen, die sich auf die höheren Schulen, nicht auf die Volksschulen bezogen. Ich habe wohlweislich, da ich gewisse Zweifel anerkennen mußte, die Parteien auf den Rechtsweg verweisen und damit bekundet, daß ich die Frage nicht auf den Geschichtspunkt der schultechnischen Zweckmäßigkeit stellen, sondern ausschließlich als eine Rechtsfrage betrachten wollte. Könnte ich mich davon überzeugen, daß der Artikel 12 der Verfassung verlebt würde, dann würde ich die Verfügung noch heute aufheben, denn ich bin ein Gegner jedes Gewissenszwanges, weil durch denselben niemals das erreicht wird, was man erreichen will. In Glaubenssachen gibt es keinen Zwang. Ich hätte lieber den erhobenen Beschwerden Rechnung getragen, aber ich glaube durch eine klare Rechtsdeduction genötigt zu sein, den Erfolg aufrecht zu erhalten. Alle Kinder sollten den Unterricht erhalten, der für die Volksschulen vorgeschrieben ist. Für die Volksschulen ist der Religionsunterricht vorgeschrieben, folglich müssen die Eltern ihren Kindern auch den Religionsunterricht gewähren. Eine Dispensation kann also nur erteilt werden, wenn der Nachweis eines anderweitigen Religionsunterrichts erbracht ist. Man hat gesagt, dieses Ergebnis kann nicht richtig sein, weil es gegen den Grundzah der Verfassung verstoßt und sich auf alte landrechtliche Vorfärsiten stützt. Gerade aus dem Landrecht kann ein Grund gegen die Verfügung entnommen werden, weil nach § 75 Titel 2 Theil II des Landrechts das Recht der Eltern, auf die Erziehung der Kinder einzumischen, dahin ausgelegt werden könnte, daß die Gewissensfreiheit des Vaters verletzt wird, wenn sein Kind in den Religionsunterricht gezwungen wird; die Freiheit des Religionsunterrichts des Kindes wird aber nicht eingeschränkt, er wird nur zur Erfüllung der Pflicht veranlaßt, seinem Kind den vorgeschriebenen Religionsunterricht zu gewähren. Ebenso wenig wie er das Kind von der Schule fern halten kann, weil ihm der Geschichtsunterricht oder etwas anderes nicht gefällt, ebenso wenig darf er wegen des Religionsunterrichts das Kind fern halten von der Schule. Der Religionsunterricht muß nachgewiesen werden; dabei wird nicht die Confession geprüft; es wird die Unterrichtsertheilung sogar dem Vater allein überlassen; aber Religionsunterricht muß sein. Es gibt keine atheistische Religion, eine Religion ohne Gott, das ist ein Konsens. Einem Unterricht, der auf diesem Gange beruht, kann ich nicht als einen Erfolg für den Volksschulunterricht betrachten. Die Verfassung kann die Gewissensfreiheit der Kinder gar nicht gemeint haben. Das Kind hat Anspruch auf Gewissensfreiheit, wenn es alt geworden ist. Das Kind in der Schule soll exogen und religiös beeinflußt werden. Wenn man die Gewissensfreiheit der Kinder anerkennen wollte, dann hört jeder Schulzwang auf, dann geben wir das Beste auf, was wir haben. Mit dem Gewissenszwang ist für gar nichts anzufangen. Es handelt sich nur darum, ob der Wunsch und das Recht des Vaters, die Erziehung seines Kindes zu beeinflussen, somit gehen darf, daß er dem Kind jeden Religionsunterricht fern halten kann. Hätten wir das Volksschulgesetz nicht verathen, dann könnten wir eine Form suchen, um den berechtigten Wünschen der Eltern nachzukommen. Aber es ist außerordentlich schwierig, ganz irreligiösen Eltern gegenüber eine solche Formulierung zu finden. Was entstehen denn wirklich für große Nachtheile, wenn die Verfügung durchgeführt wird. Wenn wirklich ein Kind, von dem es feststeht, daß es einen Religionsunterricht durch die Eltern nicht empfangen kann, angehalten wird, in den Religionsunterricht der Volksschule zu gehen? Der Unterricht wird große Schwierigkeiten haben wegen der Gegenwirkung des Hauses. Aber ist es dann so schlimm, wenn das Kind einmal sieht, wie es diejenigen Leute halten, die noch an der Religion hängen? Sollten die Gerichte in letzter Instanz konstant bleiben, wie das bisher auf ethikalischer Grundlage geschehen ist, so werde ich mich dem Ausprache der Gerichte fügen. So lange das nicht der Fall ist, halte ich mich für verpflichtet, verfassungsmäßig zu handeln und ich muß die Verfügung aufrecht erhalten.

Abg. v. Wackerbarth (conf.): Bei der vorjährigen Staatsberatung habe ich an die Regierung die Frage gerichtet, ob die Schulaufsicht sich auch auf den jüdischen Religionsunterricht bezieht. Eine Antwort ist darauf noch nicht ertheilt worden; daß jedes Kind Religionsunterricht erhalten soll, ist eben vom Minister ausgeführt worden. Das scheint aber bei den Israeliten nicht der Fall zu sein, denn ein Bund der Israeliten hat über die mangelhaften Religionskenntnisse der jüdischen Kinder geklagt und über 800 jüdische Gemeinden bestehen keine Persönlichkeit, welche im Stande ist, den Religionsunterricht zu ertheilen. Wie ist dieser Zustand mit den Ausführungen des Ministers in Einklang zu bringen?

Minister Bosse: Wenn die Kinder den jüdischen Religionsunterricht nicht in der Schule empfangen, so wird dafür ein Ersatz nachgewiesen werden müssen. Der jüdische Unterricht, auch der Religionsunterricht, untersteht der Aufsicht des Staates; es sind aber keine Beschwerde an mich gelangt. Auf Grund einer Beschwerde über anstößige Ausführungen in den Religionsbüchern habe ich Erhebungen veranlaßt, aber die Berichte sind bisher noch nicht sämtlich eingegangen. Ich glaube aber kaum, daß dabei viel herauskommen wird.

Abg. Richter bittet den Präsidenten, die einzelnen Materien nach einander und nicht durcheinander behandeln zu lassen.

Präsident v. Köller: Ich würde das gern thun; aber bei uns besteht die Rednerliste, an die ich mich zu halten habe.

Abg. Langerhans (frei): Die Berufung des Ministers auf Artikel 12 der Verfassung, wonach den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen darf, ist unrichtig. Die ursprüngliche Fassung dieses Artikels in der Vorlage des Jahres 1848 spricht nur davon, daß aus religiösen Gründen nicht die Verlehung von Strafgefahren und der öffentlichen Ordnung berechtigt ist. Mit dem Religionsunterricht hat das aber durchaus nichts zu thun. Der Minister sagt, der Atheismus sei keine Religion, aber die meisten Dissidenten hubligen gar nicht dem Atheismus, sondern dem Pantheismus. Was soll es nützen, wenn die Kinder in der Schule etwas Anderes lernen, als ihnen die Eltern sagen. Wenn der Minister sagt, die lege ferenda würde er es anders machen, so erkenne er damit an, daß der jetzige Zustand ein unhaltbarer ist. (Widerpruch des Ministers.) Jedenfalls sollte der Minister es auf die Entscheidung der höchsten gerichtlichen Instanzen nicht erst ankommen lassen. Die Dissidenten sind meist arme Leute, die unter ihrer Überzeugung leiden, und sie sollen sich ihr Recht nun durch kostspielige Prozesse erst erkämpfen. Die Humanität sollte es uns gebieten, in dieser Sache anders zu entscheiden, als die Regierung es gethan hat. Soll denn die Entscheidung dessen, was ich für Religion halte, allein der Regierung überlassen bleiben? Solche Verfügungen des Ministers können kein neues Gesetz schaffen; es bleibt immer bei den früheren Gesetzen. Die Verfügung, um die es sich hier handelt, halte ich für verfassungs- und gesetzwidrig.

Minister Bosse: Ich kann doch nicht mehr thun, als die Sache auf den rechtlichen Fuß zu bringen und sagen: Ich werde mich der gerichtlichen Entscheidung fügen. Um die Projektionen brauchen wir uns nicht zu kümmern; die freie Gemeinde hat ja die Projektionen getragen. Daß die Sache weisehaft ist, zeigen die Erkenntnisse der ersten Instanz, welche die Leute verurtheilt haben. Daß ich die lege ferenda anders versahen würde, ist richtig. Ich kann einen anderen Zustand wünschen, fühle mich aber in meinem Gewissen gedrungen, den bestehenden rechtlichen Zustand aufrecht zu erhalten. Ueber die Frage des Pantheismus kann ich mich heute nicht mehr auslassen. Ich bleibe dabei, eine Religion ohne Religion ist keine Religion. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Graf - Elberfeld (nat.-lib.) weist auf die bauerliche Thatsache hin, daß die Gelder, welche für die Durchführung des Normalatats bewilligt sind, zum großen Theil erparst sind. Der Finanzminister hat erklärt, daß die Regierung die Gelder bestimmungsmäßig verwenden würde. Es sei damals auch davon die Rede gewesen, daß die Zahl der Hilfslehrerstellen bei den staatlichen Anstalten sehr niedrig sei, es wurde von 185 Stellen gesprochen. Nach anderen Nachrichten beträgt die Zahl aber mehr als 400. Daß darin dringend Abhilfe geschafft werden muß, ist selbstverständlich. Vor allem müssen die Mittel zur Durchführung des Normalatats unverkürzt verwendet werden, namentlich zur Beseitigung der Hilfslehrerstellen.

Geheimer Oberfinanzrat Germar: Der Normalatat konnte erst für die staatlichen Lehranstalten durchgeführt werden. Das Gesetz, welches den Normalatat bei den übrigen Lehranstalten einführt, ist erst im vorigen Jahre erlassen; es ist unmöglich gewesen, dieses Gesetz ganz durchzuführen. Das wird erst im nächsten Etatjahre vollständig geschehen. Deshalb stand es von vornherein fest, daß eine bedeutende Summe erparst bleibt. Mit dem 1. April d. J. wird der Normalatat aber überall durchgeführt sein, und wenn das nicht der Fall sein sollte, so wird das doch im Laufe des Etatjahres möglich sein und die Lehrer erhalten dann das ihnen zustehende höhere Gehalt vom 1. April ab nachgezahlt. Die Zahl der Hilfslehrer ist vom Finanzminister allerdings damals nicht richtig angegeben worden; sie hat sich nachträglich als höher herausgestellt. Es stellt sich heraus, daß bei vierzig verschiedenen Anstalten zwei Hilfslehrer beschäftigt werden, sonst nur ein Hilfslehrer; das ist kein schlechtes Verhältnis.

Abg. v. Jazdewski (Pole) kommt auf den polnischen Sprachunterricht zurück und bedauert, daß der Minister die Sache mit dem Gottesdienst in Zusammenhang gebracht hat. Er hat befürchtet, daß die Eltern, deren Kinder den polnischen Privatunterricht besuchen, als Polen behandelt, daß ihnen der deutsche Gottesdienst entzogen würde. Das sei durchaus nicht der Fall. Redner beschwert sich ferner darüber, daß die Ordensleute in Posen noch nicht zugelassen seien, während das überall geschehen ist und tadeln es, daß gewisse Fonds lediglich als Fonds zur Germanisierung benutzt werden. Der Minister weise den Polen Agitation vor. Aber jede Agitation, soweit sie sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen hält, ist berechtigt, woju hätten wir denn sonst ein Presch- und Vereinsgesetz. Jedenfalls hat eine Nationalität das Recht sich zu wöhnen und dagegen zu agitieren, daß sie unterdrückt wird. In den Provinzialschulcollegien, in den Prüfungscommissionen gebe es keinen einzigen Polen. Auf den Universitätstäten, in den Directorenstellen der höheren Lehranstalten, der Seminarien und an den höheren Töchterschulen befinden sich einiger Pote. Redner empfiehlt dann seinen Antrag, der er zum späteren Ausgabeposten gestellt hat, diejenigen Titel, welche zur Germanisierung bezüglich Bekämpfung der polnischen Nationalität bestimmt sind, zu streichen. Von den Alphabeten entfallen etwa 60 Proc. auf die Provinz Posen. Das ist begreiflich, wenn man bedenkt, daß zwar die Zahl der katholischen Kinder größer ist als die der evangelischen, bei den Lehrern ist es aber umgekehrt. Da ist es, namentlich bei der Unterdrückung der polnischen Sprache im Unterricht, kein Wunder, wenn die polnischen katholischen Kinder nichts lernen. Der Minister hat bezüglich des Unterrichts erklärt, daß die Regierung das bewahrte System nicht verlassen will. Das System ist aber an diesem schlechten Unterrichtserfolge schuld. Die Unterrichtsverwaltung schiebt die Schuld für das System auf die Krone. Das ist das Bedenklichste, was geschehen kann. Die Verantwortung muß immer beim Ministerium bleiben, dieses muß die Vorschläge bei der allerhöchsten Stelle machen. Das Ministerium könnte am besten zur Verhüting der Bevölkerung beitragen und dadurch das Ansehen der Krone heben. Der Minister will keinen Gewissenszwang

ausüben, ich zweifle nicht daran; aber der Gewissenszwang wird geübt dadurch, daß die Schulaufsicht ausübt wird durch Männer, welche nicht auf dem religiösen Standpunkte der Schüler und Lehrer stehen. Der Religionsunterricht ist nur für die Religion da und nicht für den Unterricht in der deutschen Sprache. Man muß sich also dabei nicht auf den Privatunterricht verlassen, der nicht staatlich ertheilt wird. Für den polnischen Religionsunterricht muß von Staatswegen gesorgt werden. Es gibt vielfach Lehrer, die der polnischen Sprache gar nicht mächtig sind, also den Religionsunterricht in deutscher Sprache ertheilen. Redner befretet schließlich die Berechtigung, daß von Geistlichen und Lehrern, welche Privatunterricht in der polnischen Sprache ertheilen wollen, ein besonderer Bescheinigungsnachweis verlangt wird. Das widerspreche den Gesetzen.

Minister Bosse: Alle diese Fragen sind vor wenigen Wochen schon angeregt worden, und wenn es möglich ist, wird den geschilderten Mißständen abgeholfen werden. Es wäre also wohl besser gewesen, es bei der damaligen Anregung zu belassen. Da die Sache aber angeregt ist, muß ich heute nochmals daran eingehen. Der Vorredner stellte eine Verschämmerung der Verhältnisse in Kirche und Schule seit und schreibt die Schuld der Regierung zu. Der Vorwurf würde aber die Bevölkerung in erster Linie und die leitenden Personen der Kirche besonders treffen, denn in die Verhältnisse der Kirche können wir nicht ordentlich eingreifen. Der Culturmampf soll im kleinen von den Beamten fortgesetzt werden.

Ein dahin gehender Wunsch besteht in der Centralinstanz nicht, wir wollen den Culturmampf, der durch einen Friedensschluß beendet ist, nicht wieder aufnehmen. Um diesen Kernpunkt handelt es sich in der Provinz Posen gar nicht. Alle Beschwerden aus Posen sind durch den Gegensatz der beiden Nationalitäten bedingt, die dort neben einander stehen. Die Polen dürfen es nicht vergessen, daß in Posen auch Deutsche leben, die wir schützen müssen. Die Deutschen sind die Angegriffenen, denn die Polen sind die Mehrheit. (Zustimmung links.) Wir haben keine Kampfmärsche getroffen, sondern nur Schuhmärsche (Zustimmung links), und die werden jetzt aufrecht erhalten. Bezuglich des Vorwurfs im Kirchenvorstand schweben Verhandlungen mit den geistlichen Behörden, welche es ermöglichen werden, daß der Vorwurf auch in Posen den Geistlichen übertragen werde. Der Vorredner hält die ruhige Agitation für berechtigt. Eine ruhige Agitation ist eigentlich eine contradiction in adjecto. (Zustimmung.) In Posen besteht eine ruhige Agitation nicht, sondern der Beunruhigungsbaillus wird außerordentlich kräftig verbreitet. Sehen Sie sich die polnische Presse an, welche wilde Agitation treibt sie gegen alles, was deutsch ist! (Zustimmung bei den Conservativen und Nationalliberalen.) Ueber die Zulassung der Orden schweben Verhandlungen. Die Verhandlung über den Antrag in Bezug auf einen bestimmten Orden habe allerdings zur Ablehnung des Antrags geführt. Wenn geklagt wird über den Mangel an polnischen Beamten, Lehrern u. s. w., so sind wir daran nicht schuld. Es melden sich eben keine Polen dazu. Die polnischen Kinder erhalten nach Möglichkeit polnischen Religionsunterricht. Nur 65 Kinder erhalten nur deutschen Religionsunterricht. Die Kinder müssen also entweder das Deutsche vollständig beherrschen oder ihre Eltern müssen auf den polnischen Unterricht kein Gewicht legen. Auf die Schwalbe'sche Verfügung, die ich wegen gewisser Bedenken einstweilen außer Kraft gesetzt habe, will ich nicht eingehen. Es schweben noch Erwägungen darüber. Nach dieser Richtung werde ich dafür sorgen, daß kein Gewissenszwang ausübt wird, wenn er überhaupt besteht. Ich kann nur wiederholen, es ist nicht der Starzim der Regierung, der Ihnen entgegensteht, sondern es ist nur die Pflicht der deutschen Regierung, in einem deutschen Lande dahin zu wirken, daß die Kinder die deutsche Sprache lernen, deren sie bedürfen als Amtssprache, als Sprache der Armee. Das Deutsche müssen sie lernen (Widerspruch bei den Polen), ob sie darüber hinaus das Polnische lernen können, dafür haben wir nicht zu sorgen. Wir bleiben unerschütterlich fest bei unserem System, welches der Ausdruck der Pflicht ist, das Christenthum zu schützen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Die Erklärung des Commissars des Finanzministers bezüglich des Normalatats für die höheren Lehranstalten ist verschieden aufgefaßt. Ich

frage ihn: soll 1 Million Minderausgabe definitiv erparst, also als an die Staatskasse abgeführt betrachtet werden, oder werden Nachzahlungen an die Lehrer erfolgen? Wir werden noch eingehender darüber bei den speziellen Titeln verhandeln müssen. Es zeigt auch dies wieder, wie vorsichtig wir in solchen Dingen sein müssen. Ich hätte gewünscht, man wäre unserer Anregung im vorigen Jahre, die Sache im Etat zu regeln, gefolgt. Die Stellung des Ministers in der Frage der Dissidentenkinder bedauere ich. Was Falk 10 Jahre lang anerkannte, was sogar ein Mühlener in seinem Gesetzentwurf feststeht, das hätte auch der jetzige Cultusminister, der den Gewissenszwang, wie er sagt, nicht will, anerkennen können. Auch die große Majorität der vorjährigen Schulcommission hat unter Zustimmung des Centrums und ich glaube der Freiconservativen unsere Anschauung als richtig anerkannt und die Befreiung der Dissidentenkinder vom Religionsunterricht, wenn die Eltern es verlangen, verlangt und in ihren Amendements zum Ausdruck gebracht. Was will man denn mit einem solchen Zwange erreichen? Das Kammergericht hat ihn für ungültiger erklärt, auch die Majorität des Hauses hält ihn für gefest und verfassungswidrig. Er liegt auch nicht im Interesse der Schule. Die zum Religionsunterricht geworungenen Kinder werden zu Hause von den doch auch berechtigten Eltern eine Artikul in der Schule Gelernt erfahren, sie werden sich dagegen auflehnen und auch auf ihre Mitschüler in demselben Sinne einwirken. Daburch wird die Autorität der Schule nur untergraben. Schon vom praktisch pädagogischen Standpunkte dürfte der Minister die Frage nicht vertagen bis zu weiteren ablehnenden Entscheidungen der Gerichte, sondern bald vorgehen. (Redner geht auf das Erkenntnis des Kammergerichts ein.) Die Antwort des Ministers auf die Frage des Abg. v. Wackerbarth in Sachen der Religionsbücher für die jüdischen Kinder genügt mir nicht. Am 1. Okt. 1892, also vor 4½ Monaten, brachte die „Kreuzzeitung“ einen Artikel, in dem die Frage gestellt war, ob es wahr sei, daß die jüdischen Religionsbücher für die Schulen Lehren enthielten, die geradezu Verbrecher zu erziehen geeignet seien, d. h. die z. B. den Wucher, die Übervortheilung von Nichtjuden, die Zulässigkeit eines Meineides sogar anerkennen sollten. Wenn eine solche schwere Anklage gegen die jüdischen Mitbürgen erhoben wird, dann hätte man doch schneller verfahren können, um die Juden nicht fast Monate unter dem Druck solcher Anklagen leiden zu lassen. Sind doch ohnehin die Juden schullos gewesen gegen die schwersten und jahrlösen gegen sie erhobenen Anschuldigungen! Man hätte, wenn man einmal die Untersuchung anstellt, schneller zu einer amtlichen Aeußerung kommen müssen. In der „Kreuzzeitung“ ist bereits der Rückzug angetreten. Ein Kreisinspektor erklärt dort, bei der Untersuchung würde nichts herauskommen, da in den Religionsbüchern nur vorchristliche Moralvorchriften enthalten seien. Man wisse aber nicht, ob nicht ungedruckte maßgebende Vorschriften existieren, die das Gegenheil enthalten. So sei die Methode der Antisemiten! Erst fordert man eine Untersuchung, sobald die Regierung darauf eingehet, will man sie nicht. Auch wir haben eine Anzahl von Religionsbüchern prüfen lassen und Sachverständige haben uns erklärt, daß darin dieselben sittlichen Grundlagen enthalten wären, welche auch unsere christliche Morallehre verlangte. (Hört, hört!) Ich bin überzeugt, daß der Minister ein Vorgehen der Antisemiten, sowie es geschehen, für verwerflich hält. (Der Minister stimmt zu.) Ich freue mich der Zustimmung; es gereicht das seiner Denkwerte zur Ehre; aber ich möchte doch bitten, uns mehr über die vorläufigen Ergebnisse der Ermittlungen zu sagen, wenn nicht heute, so bei anderer Gelegenheit, aber jedenfalls bald. Auch die Unterrichtsverwaltung darf nicht länger unter dem Verdacht stehen, daß sie als Aufsichtsbehörde duldet, daß in den Schulen eine Religionslehre den jüdischen Kindern beigebracht würde, die sie zu Verbrennen erzieht. (Bravo links.)

Minister Bosse: Die Unterrichtsverwaltung muß ihres Schulaufsichtsrechts aus der erhobenen Anklage die Veranlassung entnehmen, den Ungrund der selben nachzuweisen. Die Berichte sind eingefordert worden und auch sämtlich eingegangen, nicht teilweise, wie ich vorhin sagte. Die Bücher sind einem besonders befähigten Schulmann übergeben worden; es müssen doch auch hebräische Bücher untersucht werden. Das erfordert eine gewisse Zeit, aber sobald die Sache erledigt sein wird, werde ich keinen Anstand nehmen, darüber öffentlich Erklärung abzugeben.

Geheimer Oberfinanzrat Germar: Die Lehrer an den staatlichen höheren Lehranstalten erhalten das Gehalt nach dem neuen Normalatat vom 1. April 1892 an, die Lehrer an den nichtstaatlichen Lehranstalten erhalten dieses Gehalt vom 1. April d. J. ab, wo die Vereinbarung zwischen den betreffenden Anstalten und dem Staate getroffen wird.

Abg. v. Heede (natlib.) hält diese Ausführung des Normalatats nicht für vereinbar mit dem, was bei der Berathung derselben von Seiten des Finanzministers und des Unterrichtsministers ausgeführt wurde.

Abg. Götz (natlib.) weist auf die polnische Frage vollständig auf den Standpunkt des Ministers. Die Kinder müssen zu guten, deutschen Staatsbürgern erzogen werden und deshalb deutsch lernen. Etwas abweichend stehe ich in Bezug auf den religiösen Zwangsunterricht der Dissidentenkinder. Ich kann dem Standpunkt nicht beitreten, daß der Minister sich dem Urtheil der Judicatur unterwerfen will. Ein Religionsunterricht muß stattfinden; ein Lehrbuch, welches Gott verwirkt, ist kein religiöses Lehrbuch. Trotzdem würde ich nicht so weit gehen, Kinder von Dissidenten in den gesamten christlichen Religionsunterricht hineinzuzögern. Es muß eine Kenntnis des Christenthums in der Schule erzielt werden, weil sonst eine Bildung im modernen Sinne nicht denkbar ist. Weshalb ist die Schulverwaltung nicht auf einen Ausweg gekommen, der sich mir natürgemäß darbietet. Der biblische Geistlichunterricht ist historisch. Dazu Dissidentenkinder anzuhören, würde ich nicht das geringste Bedenken haben. Aber für meinen religiösen Standpunkt ist es gänzlich unmöglich, das Kind eines Atheisten dazu zu veranlassen, den lutherischen oder römischen Katechismus zu lernen, denn der Katechismus enthält zugleich Bekennnisse. Diese einem Kind eines Dissidenten aufzuzwingen, wäre sogar pädagogisch bedenklich. Welchem Unterricht sollen die Dissidentenkinder denn beinhören: dem katholischen oder evangelischen? Die Antwort des Ministers in Bezug auf den jüdischen Religionsunterricht hat auch mich nicht ganz befriedigt. Wenn in 800 Gemeinden kein jüdischer Religionsunterricht gegeben wird, so glaube ich, daß die Schulverwaltung von Auffällen wegen die Pflicht hat, sich darum zu kümmern. Wenn die Juden auch damit zufrieden sind, so führt das

